



**Einfach machen**  
Wer Innovationen sucht, sollte  
Marktforscher meiden | **Beilage**



**Rost unterm Lack**  
Warum GMs Neuanfang gar  
keiner ist | **Seite 23**

**Einmal umgegraben**  
Wie die Kaupthing-Aktionäre ihre  
eigene Bank plünderten | **Seite 15**



**KOLUMNE: DER HRE-AUSSCHUSS HAT WENIGSTENS GEZEIGT, DASS DIE BANKENAUFICHT NICHT FUNKTIONIERT, SCHREIBT LUCAS ZEISE | SEITE 24**

### Zurück in der Vergangenheit

Kanada hat nach zehnjährigem Rechtsstreit den früheren Waffenlobbyisten **Karlheinz Schreiber** an Deutschland ausgeliefert. Er wurde vom Flughafen München in ein Gefängnis in Augsburg gefahren. Der 75-Jährige ist die Schlüsselfigur in der CDU-Spendenaffäre um den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Schreiber soll mehrere Millionen Euro an Steuern hinterzogen und prominente Politiker bestochen haben. Ihm drohen bis zu 15 Jahre Haft. Der Prozess gegen ihn wird laut Staatsanwaltschaft aber nicht vor der Bundestagswahl am 27. September eröffnet.

**BERICHT** | Seite 10



### EU buckelt vor dem Iran

Trotz der Kritik am Umgang des Iran mit seinen Gegnern scheut die Europäische Union einen ersten diplomatischen Konflikt mit dem Land. Sowohl die schwedische EU-Ratspräsidentschaft als auch einzelne EU-Staaten nehmen teils mit hohen Diplomaten an der Amtseinführung von Präsident Mahmud Ahmadinedschad in dieser Woche teil. Bundeskanzlerin Angela Merkel hingegen gab bekannt, sie wolle „angesichts der Begleitumstände der umstrittenen Wiederwahl“ Ahmadinedschads auf das übliche Glückwunschsreiben verzichten.

**BERICHT** | Seite 9

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 21:30 UHR

Dax	+1,8%	5427	Dow Jones	+1,1%	9276	€ in \$	+0,0150	1,4407
Euro Stoxx 50	+1,4%	2674	Nasdaq	+1,2%	2003	Nikkei	-0,0%	10352
10J Bund	+0,044	3,344	10J US-T	+0,148	3,628	Brent Oil*	+1,79	73,49

Schlusskurse oder Stand: 21 Uhr MESZ; Veränderungen zum Vortag \*\$/Barrel

### LEITARTIKEL: SCHREIBER

## Gefühlte Verjährung

Zehn Jahre können eine sehr lange Zeit sein, selbst wenn es um deutsche Geschichte geht. Wie lange, das zeigt anschaulich die Auslieferung des Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber. Vor zehn Jahren wäre Schreibers Auftauchen auf deutschem Boden ein politisches Erdbeben gewesen, vor fünf Jahren immerhin noch eine kleine Sensation. Heute dagegen hält sich die Aufregung selbst innerhalb der politischen Szene in Grenzen. Zwar ist in der CDU/CSU niemand glücklich, dass Schreibers Auslieferung ausgerechnet im Bundestagswahlkampf die Schatten der Spendenaffäre heraufbeschwört. Und in der SPD ist niemand unglücklich darüber.

Doch der Prozess gegen Schreiber kommt zu spät: Die handelnden Personen der CDU-Spendenaffäre sind bis auf Innenminister Wolfgang Schäuble längst von der politischen Bühne verschwunden. Die Fälle – etwa die damals hochumstrittene Panzerlieferung an Saudi-Arabien – scheinen in einer anderen Welt zu spielen. Die berühmten Geldkoffer und Umschläge, sie enthielten D-Mark und nicht Euro. Gefühlt ist die Affäre längst verjährt.

Das ist bedauerlich. Denn Aufklärung hätte das Spendegebaren der Unionsparteien in den 80er- und 90er-Jahren immer noch verdient. Die Affäre trug damals dazu bei, das Vertrauen in Politik und Politiker nachhaltig zu erschüttern. Sie überschattet bis heute die 16 Jahre währende Kanzlerschaft Helmut Kohls. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass Deutschland heute anders regiert würde, hätte Angela Merkel nicht auf dem Höhepunkt der Spendenaffäre im Jahr 2000 nach dem CDU-Parteivorsitz ge-griffen.

Die dringend notwendigen Einblicke sind von Schreiber jedoch ohnehin nur begrenzt zu erwarten. So ist völlig offen, ob er die schwarzen Konten der CDU im Detail kannte, ob er dazu aussagen wird und ob seinen Aussagen dazu zu trauen ist. Denn der als geltungssüchtig bekannte Schreiber ist ein unzuverlässiger Zeuge.

Einen neuen Anlauf zur Aufklärung könnte allenfalls die CDU selbst nehmen. Unter Merkels Regentschaft hat sie sich gewandelt und modernisiert, hat sich nach Kräften von Teilen ihrer Vergangenheit distanziert. Die Partei wäre jetzt so weit, die Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln ihrer jüngsten Vergangenheit auszuhalten. Es ist ihr zu wünschen, dass der Schreiber-Prozess sie doch noch dazu zwingt.

**WEITERE LEITARTIKEL UND KOMMENTARE** | Seite 24, 25

NAMEN- UND FIRMAN-INDEX SEITE 2

Schweiz 4,40 sfr - Österreich 2,60 €  
Belgien 2,60 € - Luxemburg 2,60 €  
4 195093 702002 2 0032

Abonnentenservice 01802 30 40 20 € 0,06/Anruf

### Börsen lassen Lehman-Schock hinter sich

Schwellenländerindex höher als vor der Megapleite

VON **CHRISTIAN KIRCHNER**, FRANKFURT, UND **HEINZ-ROGER DOHMS**, HAMBURG

Die Börsen der Schwellenländer haben das Trauma der Lehman-Pleite überwunden. Der MSCI-Index der 22 wichtigsten Emerging Markets übertraf gestern erstmals wieder das Niveau des 12. September 2008 – also des letzten Handelstags vor der Rekordinsolvenz, die als Auslöser der globalen Wirtschaftskrise gilt. Auch die westlichen Börsen nähern sich allmählich den Kursen vor der Lehman-Zäsur. Der US-Leitindex S&P 500 überwand gestern zum ersten Mal seit November die 1000-Punkte-Marke. Zum Stand vom 12. September fehlten nur noch 25 Prozent. In Deutschland stieg der Dax um 1,8 Prozent auf ein Jahreshoch von 5427 Zählern. Vor der Lehman-Pleite hatte das Barometer bloß 15 Prozent höher notiert.

Hinter der jüngsten Hausse an den Aktienmärkten – allein der Dax hat in den zurückliegenden vier Wochen mehr als 800 Punkte gewonnen – steht die Hoffnung auf eine rasche Erholung der Weltwirtschaft. Seit Wochen deuten fast alle einschlägigen Konjunkturbarometer nach oben. So stieg der viel beachtete amerikanische ISM-Einkaufsmanagerindex gestern von 44,8 auf 48,9 Punkte – auch das ein Rekord in der Post-Lehman-Ära.

Der Vorsprung der Schwellenländerbörsen erklärt sich unter anderem dadurch, dass die Banken in Staaten wie China oder Indien weit weniger unter der Finanzkrise litten als westliche Institute. Den größten Sprung in diesem Jahr machte die chinesische Börse mit 91 Prozent, Brasilien folgt mit 81 Prozent.

Der Optimismus der Anleger spiegelt sich auch in der Flucht aus der Krisenwährung Dollar. Der Euro kletterte gestern auf 1,4445 \$ – den höchsten Stand seit September 2008. Das britische Pfund kostete fast 1,70 \$ und hat damit seit dem Jahreswechsel 15 Prozent zum Greenback zugelegt.

**MÄRKTE IM ÜBERBLICK** | Seite 17

## Telekom knickt im Internetstreit ein

Behörde soll Zugang zu schnellen Glasfasernetzen regulieren · Steinmeier präsentiert eigenes Konzept

VON **ARNDT OHLER**, HAMBURG, **REINHARD HÖNIGHAUS**, BRÜSSEL, UND **PETER EHRlich**, BERLIN

Die Deutsche Telekom bittet für ihr wichtigstes Zukunftsprojekt die Bundesnetzagentur um Hilfe. Das Unternehmen gab gestern bekannt, dass die Behörde den Zugang zu seinen superschnellen Glasfasernetzen (VDSL) für Wettbewerber regulieren soll. Demnach soll die Netzagentur die Preise für die Mitnutzung von Schaltkästen, leeren Rohren und ungenutzten Glasfaserleitungen festlegen.

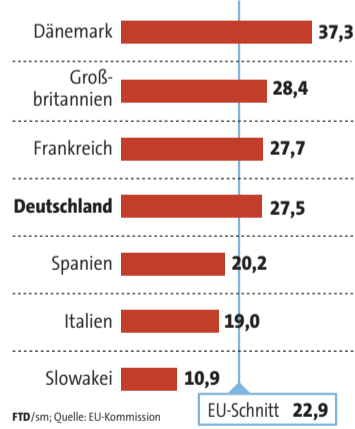
Die Telekom knickt damit im Streit mit dem Konkurrenten Vodafone ein. Bislang wollten die Unternehmen beim Ausbau ihrer Glasfasernetze zusammenarbeiten, doch die Verhandlungen kamen nicht voran. Die Telekom beugt sich nun wachsendem Druck aus Berlin und Brüssel. Die Bundesregierung ist größter Anteilseigner der Telekom. Ihre Breitbandinitiative sieht vor, dass bis Ende 2010 alle Haushalte einen Breitbandanschluss erhalten. 2014 sollen 75 Prozent der Haushalte über sehr schnelle Internetverbindungen verfügen.

Das seit Wochen anhaltende Gezerre um die Konditionen droht diesen Plan zunichtezumachen.

Durch ihre Kehrtwende versucht die Telekom zudem, weitergehenden politischen Regulierungsplänen vorzubeugen. So sagte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier gestern in Berlin, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bei schnellen Internetanschlüssen hinterher-

### Knapp über dem Schnitt

Breitbandzugänge je 100 Einwohner im Januar 2009 in %



hinke. Der Glasfaserausbau habe daher hohe Priorität. Er schlug dafür den freiwilligen Zusammenschluss von Betreibern zu einer Breitband AG vor. Die Telekom könnte dabei die Macht über ihr VDSL-Netz verlieren.

Für den weiteren Ausbau in Deutschland veranschlagten Experten Investitionen von etwa 50 Mrd. €. Da die Telekom die gewaltigen Ausgaben nicht allein schultern möchte, verhandelt sie mit Vodafone und anderen Konkurrenten über den gemeinsamen Ausbau der Netze.

Telekom-Deutschlandchef Niek Jan van Damme begründete den Regulierungsantrag damit, dass die Preisvorstellungen zu weit auseinandergelegen hätten. Die Vertrauensbasis mit Vodafone sei nicht mehr intakt, hieß es konzernintern. Der Telekom-Konkurrent kündigte gestern ebenfalls an, schnell einen Antrag bei der Netzagentur einzureichen, da viele Details der Telekom-Leistungen noch unklar seien.

So sehen es auch die im Verband VATM organisierten Telekom-Konkurrenten. „Wir sind äußerst erstaunt, dass die Deutsche Telekom AG zu diesem Zeitpunkt

beim Regulierer diese Entgelte beantragen will, da noch nicht einmal die technischen Rahmenbedingungen und damit die Voraussetzungen für die Preisfestlegungen feststehen“, sagte VATM-Präsident Gerd Eickers.

Angesichts eines anstehenden Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) droht der Telekom ohnehin, dass sie Wettbewerbern zu regulierten Preisen Zwangszugang zu ihrem Netz gewähren muss. Die EU-Kommission hatte die Bundesregierung 2007 beim EuGH verklagt, weil sie der Telekom zeitweise erlaubt hatte, Rivalen auszusperrten und so Pioniergewinne beim Breitbandausbau einzustreichen. Der Generalanwalt Miguel Poiares Maduro legt jedoch den höchsten EU-Richtern nahe, diesen Teil des deutschen Telekommunikationsgesetzes zu kippen.

Für die Telekomkonzerne ist das VDSL-Netz ein entscheidender Wachstumsfaktor. Über die schnellen Netze lassen sich lukrative Dienste wie Internetfernsehen in hochauflösender Qualität besonders gut übertragen.

**LEITARTIKEL** | Seite 25

## Großes Rad kommt teuer

Der „Singapore Flyer“, mit 165 Metern das weltgrößte Riesenrad, entpuppt sich als touristischer Flop. Den Schaden haben deutsche Privatanleger

**MARKUS GOTZI**

Das das mit dem Riesenrad vielleicht keine gute Investmentidee war – dieses Gefühl dürfte die deutschen Anleger spätestens am 23. Dezember 2008 beschlichen haben. An jenem Tag ging auch durch hiesige Zeitungen die Nachricht von einer Beinahekatastrophe in Singapur: „Stromausfall legt größtes Riesenrad der Welt lahm.“

173 Menschen saßen über Stunden fest, einige überkam Panik, manche seilten sich aus ihren Gondeln ab. Immerhin, die Touristen kamen letztlich heil heraus aus dem „Singapore Flyer“. Im Gegensatz zu den Anlegern: Die sind weiter drin. Und warten nach FTD-Informationen vergeblich auf Rendite.

Dabei hatte die Frankfurter Bank Delbrück Bethmann Maffei, eine Tochter der niederländischen ABN Amro, das außergewöhnliche Investment 2005 in den hellsten Farben beschrieben. Im Fondsprospekt zum Riesenrad hieß es: „Hohe Renditen bei relativ hoher Sicherheit und überschaubarer Laufzeit – wir sind sicher, dass unser Angebot Sie überzeugen wird.“ Versprochen wurden „geplante durchschnittliche Ausschüttungen von – je nach Annahmefall – 8 bis 19 Prozent“. Die Kunden waren begeistert: Gut 1000 Privatanleger beteiligten sich mit Beträgen ab 20 000 €. Insgesamt kamen auf diesem Weg 53 Mio. € zusammen, gut ein Drittel der 135 Mio. € hohen Gesamtinvestition. Der Rest des Geldes stammt ebenfalls aus Deutschland, per Kredit von der HypoVereinsbank (HVB).

Heute erweisen sich die Annahmen über die Besucherzahlen als weit übertrieben. Ein Zwischenbericht zählt 1,4 Millionen Riesenradfahrer für 2008 – nicht mal 75 Prozent der Zielmarke. Das Debakel vom Dezember belastet die Betreiber des Singapore Flyer zu-

sätzlich, im ersten Quartal 2009 bestiegen nur noch 175 000 Menschen die vermeintliche Attraktion. Folge: Die Einnahmen reichen nicht aus, um die im Fondsprospekt angekündigten Ausschüttungen zu zahlen.

Fondsinitiator Harald Junke will nun die Ladenzeilen am Fuß des Riesenrads stärken – auch sie wurden zum Teil aus Fondsmitteln finanziert. Anstelle von Fußmasseuren will Delbrück Bethmann Maffei nun Starbucks und Burger King als Mieter gewinnen. Daneben plant Junke den Bau einer Kartbahn. Schließlich hofft er auch noch auf die Ansiedlung einer Dependence von Madame Tussauds Wachsfigurenkabinett.

Und die HVB? Nach FTD-Informationen kann sie den Kredit jederzeit kündigen. Das jedoch hätte die Insolvenz des Fonds und für die Münchner weitere Komplikationen zur Folge: Neben anderen deutschen Banken hat die HVB nämlich maßgeblich Anteile am Riesenradfonds an Kunden vertrieben.

**WEITERE RIESENRADFONDS** | Seite 22